



Dr. Christoph Jopen
Bürgermeister und Kämmerer

**Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes 2010/11
im Gemeinderat der Stadt Offenburg am 14.12.2009**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren!

„**Den letzten beißen die Hunde**“ – so möchte ich in einem Satz umschreiben, was wir gerade - initiiert durch die neue Bundesregierung - erleben müssen. Das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist der Auftakt zu Steuerentlastungen und neuen Staatsleistungen, die erneut auf Bundesebene beschlossen, letztendlich aber zu einem wesentlichen Teil von den Ländern und Gemeinden finanziert werden müssen.

Alleine unsere Stadt soll dies **in den nächsten 4 Jahren fast 6 Mio. EUR** – kosten, so die ersten Informationen, die wir Anfang Dezember vom Städtetag erhalten haben - quasi als Beiwerk zum **Haushaltserlass 2010 des Finanzministerium**, der uns die zweite katastrophale Nachricht in der letzten Woche beschert hat.

Das war für die Kommunal Finanzen fürwahr eine schwarze Woche!

Die Krise ist nun endgültig bei uns angekommen. Durch das Zusammenbrechen der Steuerkraft vieler Städte und Gemeinden in 2009 und die sinkenden Steuereinnahmen werden die Finanzzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich **in den Jahren 2011 bis 2013 im Vergleich zu den Eckdaten des letzten Haushaltserlasses um sage und schreibe 27 Mio. EUR sinken**. Das hat es noch nie gegeben.

Wir hatten hierfür in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf Vorsorge getroffen. Wir hatten es geahnt, ohne es zu wissen. Wir hatten uns nicht allein auf die eher harmlose neue Steuerschätzung im November gestützt. **Wir hatten bereits einen Rückgang von gut 18 Mio. EUR für die nächsten vier Jahre eingeplant**. Ohne diese Vorsorge müssten wir heute den Haushaltsentwurf schlicht einstampfen.

Nichts desto trotz waren wir **nicht pessimistisch genug** und so muss ich Ihnen leider die schlechte Nachricht **einer neuen Finanzierungslücke von 9 Mio. EUR** überbringen.

Doch der Höhepunkt kommt noch: Nebenbei teilt uns das Finanzministerium in einem lapidaren Nebensatz mit, dass die Auswirkungen des sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsge-

setzes“ im Haushaltserlass 2010 **nicht** berücksichtigt sind. Das, meine Damen und Herren, grenzt an Zynismus.

Addiert man also die vom Städtetag ermittelten Verluste aus dem sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz dazu, beträgt unsere **neuerliche Finanzierungslücke** seit wenigen Tagen nicht 9, sondern **sogar 15 Mio. EUR für die Jahre 2010 - 2013.**

Aber auch das soll erst der Anfang sein: Ausgerechnet die größte Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit soll nach den Vorstellungen führender Köpfe der Regierungskoalition die geeignete Kulisse für Steuersenkungen in zweistelliger Milliardenhöhe bieten. Es wird von 20 oder 24 Milliarden € gesprochen. Das ist Wahnsinn!

Nicht genug, dass die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden durch die Krise massiv einbrechen – nein, die Bundesregierung verspricht Steuerentlastungen, die weder notwendig noch sinnvoll sind – so **unisono die Meinung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute**. Wer den Vorsitzenden der Wirtschaftsweisen Herrn Prof. Franz in Oberkirch vor drei Wochen gehört hat, der hat es Punkt für Punkt erläutert bekommen. Und auch der **Bundesrechnungshof** hat in einer eher ungewohnt politischen Stellungnahme eindrucksvoll diese Steuerentlastungen als unvertretbar bezeichnet.

Meine Damen und Herren, ich brauche nicht die Politiker der Opposition zitieren. Diejenigen, die in den Koalitionsparteien jetzt freisprechen können, sagen es deutlich: Lesen Sie nach, was Ministerpräsident Oettinger auf dem Weg nach Brüssel letzten Samstag in der Badischen Zeit gesagt hat: zur Haushaltsanierung und zum Beispiel zum Thema Kindergeld und Kinderfreibeträge.

Es hat doch nichts mit der Bewältigung der Wirtschaftskrise zu tun, dass der Bürgermeister für seinen Sohn über den Kinderfreibetrag ab Januar 35 € pro Monat mehr erhält, die Sekretärin über das Kindergeld für ihre Tochter 20 € und der Hartz IV-Empfänger für seinen Sohn überhaupt nichts. Das ist finanzpolitisch komplett falsch, löst nicht die gewünschte Konsumnachfrage aus und ist unter sozialen Gesichtspunkten völlig unververtretbar. Ich sage nur mit dem anderen Ministerpräsidenten der CDU: „Ihr habt sie doch nicht alle!“

Nun hört man insbesondere von der FDP zurzeit ständig: Was im Koalitionsvertrag unterschrieben ist, muss auch durchgezogen werden. Ich hoffe, der Bundesfinanzminister liest den ebenfalls vereinbarten Finanzierungsvorbehalt jeden Morgen beim Frühstück.

Die Kommunen haben diesen Vertrag nicht unterschrieben, sie müssen ihn nur ausbaden. Das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist aus kommunaler Sicht ein „Investitions-

vernichtungsgesetz“. Machen wir es ganz praktisch und Frau Laurischk, erzählen Sie die Beispiele in Berlin: Der Kindergarten Bühl, der Kindergarten Zunsweier und das Bunte Haus in der Oststadt, alle drei Projekte könnten wir mit den sechs Millionen € finanzieren, die uns dieses Gesetz nimmt, das gegen jede wirtschaftliche Vernunft am Freitag den Bundesrat passieren wird. Der mildere Vorwurf ist, sie wussten nicht, was sie taten, als sie den Koalitionsvertrag unterzeichneten. Der härtere Vorwurf ist, es ist ihnen egal, was in den Kommunen passiert.

Doch – meine Damen und Herren - die Belastungen der Kommunen aus dem Steuergesetz für 2010 sind geradezu „Peanuts“ im Vergleich zu den Auswirkungen der derzeit geplanten zweiten Steuersenkungsrunde ab 2011. Die 20 Milliarden, die geplant sind, würden Jahr für Jahr ein weiteres unvorstellbares Loch von bis zu 4 Mio. EUR zusätzlich in unsere Kasse reißen - das sind rund $\frac{1}{4}$ unserer Einkommensteuereinnahmen!

Schulden machen, um Steuersenkungen und Konsum zu finanzieren, so wie der Bund zurzeit predigt, ist für die Städte und Gemeinden kein Ausweg. Zum einen ist es sowieso falsch – noch keine Steuersenkung hat sich selbst finanziert, auch Herr Reagan ist damit gescheitert, das bestätigen alle Wissenschaftler - und zum zweiten dürfen die Kommunen es auch überhaupt nicht – unsere Haushaltsregeln sind hier wesentlich strenger oder man kann auch sagen – sie sind einfach richtiger.

Gleichzeitig werden immer mehr zusätzliche staatliche Leistungen verlangt und versprochen.

Selbstverständlich halte ich es für richtig, die Kinderbetreuungsangebote in Deutschland auszubauen und den Eltern einen Rechtsanspruch zu geben.

Selbstverständlich halte ich es für richtig, **allen** unseren Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen und mit neuen Schulmodellen jedem Kind seine individuelle Chance zu bieten – wir in Offenburg sind da auf einem guten Weg.

Und selbstverständlich möchte ich, dass unsere Solidargemeinschaft in einem fairen Miteinander Menschen hilft, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Nur drei Beispiele, ich könnte viele anfügen, doch all diese Leistungen und Verbesserungen, die wir gemeinsam anstreben, können nicht mit **Steuersenkungen** finanziert werden.

Wäre es nicht viel gescheiter alle Kraft darauf zu verwenden, zuerst einmal die **konjunkturbedingten** Steuerausfälle zu verkraften und mit den **vorhandenen** Steuern die notwendigen Leistungen für die Menschen zu finanzieren?

Wenn die Bundesregierung in den nächsten Monaten nicht doch noch einen finanzpolitischen Kurswechsel vollzieht, steuert sie viele Städte und Gemeinden aber auch Länderhaushalte in einen gewaltigen finanzpolitischen Sturm, und das in einem vielfach schwer angeschlagenen Schiff. Meine Damen und Herren, Offenburg trifft es hart, aber mindestens 80 % aller Gemeinden in Deutschland trifft es viel härter. Sie machen sich keine Vorstellungen, was zum Teil in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen los ist. Da macht es bei diesen Vorgaben keinen Sinn mehr, sich um Haushaltssanierung zu kümmern. Was geben wir eigentlich für ein Beispiel unseren Kindern und Enkeln?

Sie sehen also die Rahmenbedingungen sind schwierig wie nie – wir stehen in Offenburg vor Haushaltsplanberatungen, die gleich von vier externen Faktoren negativ bestimmt werden, nämlich:

1. Der **schwierigsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit**, deren Folgen sowohl auf der Einnahmeseite durch drastische Steuerausfälle, als auch auf der Ausgabenseite durch steigende Soziallasten ab 2010 voll durchschlagen.
2. Einer neuen Finanzierungslücke von 15 Mio. EUR durch die **Eckdaten des Haushaltserlasses und des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes**, die am 3. Dezember veröffentlicht wurden.

3. **Versprechungen der Regierungskoalition**, die ohne Rücksicht auf Verluste und gegen jeden makroökonomischen Sachverstand durchgesetzt werden sollen und **zu weiteren dramatischen Steuereinbrüchen** führen.

4. Und zu guter Letzt, von **zusätzlichen staatlichen Leistungen**, die gerade die kommunalen Haushalte massiv belasten.

I. Ausgangslage 2009

Angesichts dieser erschreckenden Rahmenbedingungen bin ich froh, dass **unsere internen Faktoren** – also alles, was wir selbst beeinflussen können – weiterhin stimmen. Durch eine vorausschauende Arbeit auch in den letzten beiden guten Jahren werden wir Ende 2009 eine noch vergleichsweise günstige Ausgangsposition haben.

Unser Gewerbesteuerergebnis in diesem Jahr hat sich mittlerweile bei rund 45 Mio. EUR gefestigt – also nur 2 Mio. EUR unter dem Planansatz. Allerdings ist dieses gute Ergebnis ausschließlich außerordentlichen Steuernachzahlungen von zwei Firmen zu verdanken, die sich so leider nicht wiederholen werden. Für die nächsten Jahre müssen wir deshalb mit einem deutlich niedrigeren Niveau planen. Eine Einschränkung muß ich machen: Der

letzte Gewerbesteuerlauf ist am 18. Dezember – erst dann kennen wir unser Gewerbesteuerergebnis 2009 wirklich genau.

Zusammen mit den Einbrüchen bei der Einkommensteuer und anderen Veränderungen, über die wir im Haushaltszwischenbericht bereits berichtet haben, werden wir aus dem Ergebnishaushalt rund 3,6 Mio. EUR weniger Finanzmittel erwirtschaften als geplant. Durch den bereits beschlossenen Verzicht auf die Pensionsrücklage von insgesamt 2 Mio. EUR und Verbesserungen bei den Erlösen aus Grundstücksverkäufen werden im Saldo die Finanzierungsmittel nur rund 1 Mio. EUR hinter den Planungen zurück bleiben.

Unser Finanzierungsmittelbestand beträgt Ende 2009 somit noch 23,3 Mio. EUR. Das Ergebnis 2009 könnte damit rund 1 Mio. EUR besser sein als in der bisherigen Hochrechnung prognostiziert. Eine Mio. EUR, die wir mehr denn je brauchen, um die neue Finanzierungslücke von 15 Mio. EUR zu verringern.

Unsere Rücklage verschafft uns etwas Luft und ermöglicht insbesondere auch, **alle bereits begonnenen Maßnahmen planmäßig in 2010 abschließen** zu können. Aber bekanntlich kann man Rücklagen nur einmal ausgeben. Deshalb wird es entscheidend sein, in den nächsten mageren Jahren unsere Ansprüche an dem Machbaren auszurichten.

II. Eckpunkte 2010 ff.

a) Globaldaten

Das Machbare ist natürlich in erster Linie von unseren Einnahmen bestimmt und hier von den eigenen Steuereinnahmen und Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs. Um diese Zahlen zu ermitteln, bedienen wir uns des gleichen Instrumentariums wie der Bund und die Länder, nämlich der aktuellen Steuerschätzung. Vom Finanzministerium werden diese Globaldaten mit den Daten aus den Gemeinden in einem Haushaltserlass auf die kommunale Ebene heruntergebrochen – so wieder Anfang Dezember geschehen – die finanziellen Auswirkungen habe ich bereits beschrieben.

Die Steuerrückgänge 2009 sind – entgegen dem Trend in Offenburg – bei vielen Kommunen offensichtlich derart drastisch, dass die zu verteilenden Mittel im Finanzausgleich ab 2011 deutlich sinken werden und uns - im Vergleich zu unserer schon vorsichtigen Planung, wie anfangs erwähnt - niedrigere Schlüsselzuweisungen von 9 Mio. EUR bescheren. Hätten wir nicht bereits Vorsorge getroffen, wäre die Lücke dreimal so groß.

Hinzu kommen noch – wie ebenfalls ausgeführt - die Ausfälle aus dem sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ mit weiteren 6 Mio. EUR.

Für eine **Haushaltslücke von 15 Mio. € kann ich Ihnen 10 Tage nach den Hiobsbotschaften nur Teillösungen** anbieten.

Wie bereits angedeutet, hoffen wir auf ein rund 1 Mio. EUR besseres **Ergebnis 2009**, das ist nur ein kleiner Baustein zur Schließung der Lücke, aber immerhin!

Für weitere bis zu 5 Mio. EUR sehen wir Potenziale im Verkauf von städtischem Bauerwartungsland im attraktiven zukünftigen Wohngebiet **Seidenpfaden**. Die dortigen 4 - 5 ha im städtischen Eigentum könnten wir entsprechend unserem Geldbedarf an unsere Stadtbau veräußern und ihr den Entwicklungsauftrag geben – so wie die Stadtbau es auch anderenorts z.B. in Rammersweier realisiert. Die Stadtbau würde dann in Abstimmung mit der städtischen Planung zeitnah das Gebiet entwickeln und die Grundstücke in Baugelände umwandeln.

Um es ganz offen zu sagen, mit diesem Vorschlag gehen wir an unsere letzten Reserven. Eigentlich wollten wir diese Option ziehen, um eine Teilfinanzierung der eventuellen Offenburger **Landesgartenschau** sicher zu stellen. Diese Idee ist damit obsolet. Wir brauchen das Geld für unser Pflichtprogramm und nicht für die Kür.

Natürlich wissen wir noch nicht, ob und für welches Jahr Offenburg den Zuschlag erhält, die Entscheidung wird wohl erst Anfang nächsten Jahres fallen.

Eines muss aber klar sein: Angesichts der Finanzsituation in den kommenden Jahren ist ein derart großes Projekt nur verantwortbar, wenn **gleichzeitig mit der Entscheidung** für die Annahme auch **konkrete** Entscheidungen zur Finanzierung getroffen werden. So haben wir es zuletzt immer gehalten, ob dies nun die große Aufgabe der Konversion gemeinsam mit dem IP 2000 war oder das gewaltige Messeprojekt.

Bietet man uns die Landesgartenschau an, werden wir **konstruktive Vorschläge** machen, aber niemand glaubt doch im Ernst, dass wir ähnlich wie die Hasardeure in Berlin einfach „Wachstum, Wachstum“ rufen werden. Natürlich gibt es keine einfachen Lösungen, zumal wir mit den Seidenpfaden eine Finanzierungsoption bereits ziehen müssen, um überhaupt, auch ohne Landesgartenschau, die nächsten 4 Jahre über die Runden zu kommen. Es bleibt selbst dann noch eine Finanzierungslücke von mindestens 9 Mio. EUR, für die ich Ihnen **heute noch keine konkreten Vorschläge** machen kann.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten daran arbeiten, durch möglichst viele konkrete Einsparungen und Verschiebungen den Fehlbetrag so klein als möglich zu machen – leider

kann ich überhaupt nicht ausschließen, dass wir zur Restdeckung zum Instrument einer globalen Minderausgabe greifen müssen, die dann allerdings über mindestens vier Jahre wirken muss. Nur so haben die Fachbereiche überhaupt eine Chance, zu reagieren, um bei Personal- und Sachausgaben zu gestalten.

Unserer bisherigen Linie, **konjunkturelle Einnahmeausfälle** nicht über Steuererhöhungen auszugleichen, möchte ich zumindest vorläufig beibehalten. Auch die Kindergartengebühren sollen trotz unserer Leistungssteigerungen nach Auffassung der Verwaltung nicht angehoben werden.

Noch glauben wir, dass es uns gemeinsam gelingen kann, mit der notwendigen Haushaltsdisziplin und unseren guten Vorarbeiten durch HSK III, einen Haushaltsausgleich herzustellen und die nächsten schwierigen Jahre zu überstehen. Aber es wird Leistungseinbußen geben!

Unser Entschuldungskurs steht nicht zur Disposition. Die halbe Strecke eines 20jährigen Marathons haben wir zurück gelegt. Dies ist unser gemeinsamer Erfolg, darauf dürfen wir stolz sein. In den letzten 10 Jahren haben wir unseren Schuldenstand fast halbiert. Wir haben Haushaltsdisziplin bewiesen und es waren beileibe nicht nur finanziell leichte Jahre, denken Sie an 2003 und 2004! Doch bis zum 31.12.2009 ist die finanzielle Welt in Of-

fenburg in Ordnung, das waren seit dem 1.1.2000 zehn gute Jahre. Darauf können wir nachher durchaus anstoßen!

Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen – es bleibt dabei: **Wenn es nach uns geht**, wird Offenburg bis Ende 2019 seine unrentierlichen Schulden getilgt haben – dementsprechend sieht unser Haushaltsentwurf in den nächsten 4 Jahren wiederum Tilgungen von über 9 Mio. EUR vor.

Dies alles könnte allerdings Makulatur werden, wenn die nächste Steuersenkungswelle der Bundesregierung über uns ab 2011 hinweg schwappt. Zusätzliche Einnahmeverluste von bis zu 4 Mio. EUR jährlich können wir nicht mehr ausgleichen. Dann müssen wir uns Gedanken machen, wo wir unsere eigenen Einnahmen verbessern oder ob wir die Entschuldung noch leisten können.

Da wir heute – angesichts der neuen Belastungen - den Haushaltsausgleich erst noch schaffen müssen, wage ich überhaupt nicht daran zu denken, welche Leistungskürzungen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern dann zumuten müssen. Im investiven Bereich werden Haushaltssperren für noch nicht begonnene Projekte ein ebenfalls sehr schmerzhaftes Mittel sein, um insgesamt handlungsfähig zu bleiben.

Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt! Deshalb hoffe ich inständig, dass trotz der anderslautenden Signale, die Regierungskoalition noch auf die unzähligen warnenden Stimmen hören wird und uns nicht in dieses finanz- und wirtschaftspolitische Desaster treibt. Ich appelliere an Sie und alle politisch Verantwortlichen, wo immer es geht, Einfluss zu nehmen und unseren Bundespolitikern die fatalen Auswirkungen an der Basis vor Augen zu führen. Ich werde mir erlauben, diese Rede allen Offenburger Abgeordneten zugänglich zu machen.

Doch zurück zu Offenburg: Die Haushaltszahlen und Entwicklungen wird Ihnen Herr Kopp in gut verständlicher Form nachher präsentieren – ich möchte mich deshalb auf wenige Eckpunkte konzentrieren.

Auf der Einnahmeseite rechnen wir in 2010 mit einem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen um 8 Mio. EUR auf 37 Mio. EUR. Wir hoffen bereits ab 2011 wieder mit steigenden Einnahmen, so dass wir mit 46 Mio. EUR für 2013 wieder auf dem heutigen Niveau planen. Eingeplant ist also lediglich eine recht kurzweilige „Delle“ bei der Gewerbesteuer. Eine unseres Erachtens ambitionierte Annahme, niemand sollte also hoffen, wir würden zu pessimistisch planen.

Bereits heute müssen wir davon ausgehen, dass ab 2011 die **Kreisumlage** steigen wird. Steigende Sozialausgaben und die

drastisch zurückgehende Steuerkraft der Kreisgemeinden sind die wesentlichen Gründe. Selbstverständlich haben wir als Kreisräte in der dortigen Haushaltsstrukturkommission versucht gegenzusteuern und mit dem Landrat und der Kreisverwaltung in den letzten Monaten auch Erfolge erzielt. Der Landrat wird dazu morgen im Kreistag sprechen. Es wird trotzdem zu einer gleichermaßen vertretbaren und schmerzhaften Umlagererhöhung kommen. Wie bei den Schlüsselzuweisungen haben wir auch hier in den Ihnen vorliegenden Zahlen Vorsorge getroffen. Ich gehe davon aus, dass wir im März 2010 die konkreten Zahlen kennen und hoffe unsere eingeplanten Beträge reichen aus.

Besonders hart trifft uns in 2010 der kommunale Finanzausgleich. Durch das überdurchschnittlich gute Ergebnis 2008 werden uns im Vergleich zu 2009 im Saldo der Schlüsselzuweisungen und FAG-Umlagen 6 Mio. EUR weniger zur Verfügung stehen.

Wie bereits im Haushaltszwischenbericht angekündigt, schlagen wir auf der Ausgabenseite vor, auf einige finanztechnische Positionen vorerst zu verzichten.

Dazu gehört auch – wie in den Jahren 2008 und 2009 - der Verzicht auf die Bildung einer Pensionsrücklage, was uns im Vergleich zu unseren bisherigen Planungen 4 Mio. EUR Luft verschafft. Neben unserem Entschuldungskonzept fehlt uns vorläufig einfach die Kraft, dieses zweite große Thema **gleichzeitig** ange-

hen zu können. Wer dagegen hält, möge Deckungsvorschläge machen.

Mit dem Regierungspräsidium ist mittlerweile auch abgeklärt, dass auf die bisher aus dem städtischen Haushalt vorgesehene Darlehensgewährung an den Zweckverband Gewerbepark Raum Offenburg verzichtet werden kann, was eine Entlastung von ebenfalls knapp 4 Mio. EUR bedeutet. Dementsprechend wird der Zweckverband allerdings – wie bisher - ein Bankdarlehen aufnehmen. Die Schlussfinanzierung ist auch hier bis Ende 2019 geplant.

Zur Entlastung der nächsten 4 Jahren werden wir die geplante letzte Rate der Eigenkapitalzuführung zur Schlussfinanzierung des Messekonzepts auf einen Zeitraum zwischen 2014 und 2019 verschieben – das bringt uns bis Ende 2013 rund 3 Mio. EUR. Danach müssen die Zuführungen allerdings kommen und sie werden wegen des Zinseffekts auch höher sein.

Und zu guter Letzt werden wir den Vorsprung, den wir uns beim Entschuldungskonzept in den letzten Jahren erarbeitet haben, wieder verlieren. Das heißt, wir wollen uns 2010 bis 2019 exakt auf dem 1999 aufgezeichneten Weg bewegen – auch das verschafft uns in den nächsten 4 Jahren rund 3 Mio. EUR Spielraum.

Ich möchte übrigens **nicht verschweigen, dass alle diese Maßnahmen Geld kosten**, in Form von höheren Zinsaufwendungen oder auch nicht erzielten Habenzinsen – umsonst ist nichts zu haben.

Aber wir können das verantworten – und „Totsparen“ ist auch keine Alternative. Wir werden weiterhin, die regionale Wirtschaft mit Aufträgen versorgen – wenn auch mit weniger, als wir gerne wollen. Wir werden auch unsere Infrastruktur nicht nachhaltig schädigen, unumkehrbare Schäden dürfen in dieser Krise nicht entstehen.

b) Budgets

Freundlicher sieht es **bei den Faktoren** aus, die wir selbst beeinflussen können – insbesondere die Zuschussbudgets der Fachbereiche, und zwar gleich aus zwei Blickwinkeln betrachtet:

Die **Budgets** können bis auf die Ausgaben für den Bereich Kinderbetreuung **stabil** gehalten werden, d.h. alle zwingenden Mehraufwendungen für z.B. von uns nicht beeinflussbare Umlagesteigerungen und tarifliche Personalkostensteigerungen mit 460 TEUR sowie sogar die Kosten der beantragten neuen Stellen mit 230 TEUR können über Einsparungen bzw. Mehreinnahmen voll aufgefangen werden. **Hier spüren wir noch die positiven Nachwirkungen der Haushaltsstrukturkommission III.**

Zum zweiten konnten wir aber auch trotz der Krise eine drastische Budgetkürzung, die nahezu zwangsläufig auch Leistungseinschränkungen bedeuten würde, vermeiden. In Kenntnis der neuen Finanzierungslücke muss ich jetzt leider ergänzen – **bisher** vermeiden. In den nächsten Wochen müssen wir auch hier noch einmal Position für Position überprüfen und Einsparmöglichkeiten suchen, die möglichst keine dauerhaften Schäden anrichten. Gerne nehmen wir auch Ihre Vorschläge entgegen. Sie helfen uns mehr als Anträge auf Mehrausgaben.

Die bisher vorgesehenen Budgetsteigerungen **um rund 1,6 Mio. EUR in 2010 bzw. um weitere 400 TEUR in 2011 werden alleine durch die Kosten der Kinderbetreuung von 1 bis 6 Jahren und der Hortkinder** ausgelöst. Übrigens – auch bereits 2009 werden hierfür die Planansätze nicht ausreichen und eine Nachfinanzierung im Abschluss erforderlich machen.

Im nächsten Kindergartenjahr werden wir doppelt so viele 1 und 2 jährige Kinder in den städtischen und freien Kindertageseinrichtungen betreuen als noch im Juni dieses Jahres geplant. Die Weichenstellungen der Großen Koalition aus der letzten Legislaturperiode wirken!

Zusammen mit den zwingend verbesserten Personalfaktoren – ich nenne das Stichwort Orientierungsplan - und den Mehrkosten

des neuen Erzieher-Tarifvertrags ergeben sich daraus Mehrkosten von netto 1,6 Mio. EUR.

Zwar bekommen wir hierfür außerhalb des Budgets zusätzliche Mittel im Rahmen des Finanzausgleichs. Da wir hier einen Zeitversatz von jeweils einem Jahr haben, schlagen die höheren Kinderzahlen erst 2011 mit Mehreinnahmen zu Buche. In 2012 und 2013 werden diese Zuweisungen dann weiter ansteigen.

Mittlerweile haben sich das Land und die Kommunen über die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen geeinigt. Noch wissen wir nicht, in welchem Umfang wir zusätzliches Geld für schon realisierte Personalschlüssel bekommen oder wo wir unsere Schlüssel nochmals anheben müssen. Gerne sage ich auch einmal etwas Positives über die Oberen: Ich verstehe, dass das Land für die 133 Mio. €, die es zukünftig jährlich zusätzlich einsetzen will, das angemessene Personal in den Einrichtungen sehen will.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einen Hinweis: Wenn die Eltern weiterhin so rege die Betreuungsplätze für Kinder zwischen 1 und 3 Jahren nachfragen, werden wir 2011 fast schon 1/3 aller Kinder in einer Einrichtung betreuen – d.h. wir hätten bereits zwei Jahre früher das vom Bund vorgegebene Soll erfüllt. Im Vergleich zwischen April 2009 und Oktober 2009 haben wir 100 Kinder mehr in unseren Einrichtungen, als wir vorausberechnet haben. Eine solche Abweichung zwischen Planung und Inanspruchnah-

me hat es seit Eröffnung des Zentralen Anmelderegisters noch nie gegeben.

In unserer mittelfristigen Planung gehen wir deshalb davon aus, dass die Betreuungsquote bis 2013 sogar bis auf 45 % steigen könnte. Die zusätzlichen Kosten im Vergleich zum Mindeststandard belaufen sich hierfür für die Jahre 2011 bis 2013 auf insgesamt ca. 1,2 Mio. EUR.

Hier wäre theoretisch ein Spielraum. Wollen wir wieder Wartelisten einführen und wollen wir an dieser Stelle sparen? Die Verwaltung meint: Nein, das macht keinen Sinn. Ab 2013 gibt es für **jedes** Kind einen Rechtsanspruch. Dann käme in kurzer Zeit eine noch größere Welle auf uns zu. Wir halten es für richtig, weiterhin bedarfsgerecht Plätze anzubieten, zumindest solange unsere räumlichen Kapazitäten ausreichen.

Dies könnte allerdings anders aussehen, wenn es zu den von der Bundesregierung geplanten Steuergeschenken ab 2011 kommen wird. Ich will dies hier deutlich sagen, dann gilt nichts mehr, was vorher gegolten hat.

c) Investitionen

Fast schon notgedrungen, werden wir im investiven Bereich auch die nächsten 4 Jahre ein durchaus ambitioniertes Programm auf

den Weg bringen. Rund 70 % des angestrebten Investitionsvolumens **von brutto fast 50 Mio. EUR** bzw. netto – also nach Zuschüssen – von 32 Mio. EUR, fällt dabei allerdings auf drei unumgängliche bzw. strategische Großprojekte. Unser verbleibender Entscheidungsspielraum ist somit äußerst eng.

Größtes Einzelprojekt ist die **Unionbrücke**, die nach neuesten Schätzungen 32 Mio. EUR brutto kosten soll, wovon 6,4 Mio. EUR bereits bis Ende 2013 direkt aus der Stadtkasse zu zahlen sind, bei einem städtischen Eigenanteil von insgesamt 9 Mio. EUR. Ich denke, wir müssen noch viel Öffentlichkeitsarbeit betreiben, um deutlich zu machen, dass der Kostensprung nicht von unseren Planern zu vertreten ist, sondern erstens von den Wünschen der Bahn, die diese auch bezahlen wird, und zweitens von weiteren externen Faktoren, die nicht in unserer Hand liegen. Die Fachleute sagen uns, dass dieses Projekt alleine schon aus technischen Gründen nicht mehr zeitlich verschiebbar ist. Das Projekt wird also kommen.

Trotzdem muss die Frage gestellt werden, ob es nicht doch günstigere Alternativen gibt? Wir können es uns generell, aber angesichts der dramatischen Finanzlage schon gar nicht jetzt erlauben, ohne weitere Prüfungen eine der teuersten städtischen Investitionen auf den Weg zu bringen.

Wir müssen im weiteren Verlauf durch intensive Prüfungen mit unabhängigen Experten ausschließen, dass es eine günstigere, verkehrlich vertretbare Lösung gibt. Sollte es diese geben und der städtische Aufwand signifikant gesenkt werden können, dann sollten wir diese wählen. Oder, wir erhalten die Gewissheit, dass diese Lösung und diese Kosten unumgänglich sind. Hierfür einige wenige zehntausend EURO vorzusehen, halte ich angesichts des Gesamtvolumens nicht nur für vertretbar, sondern sogar für notwendig. Letztlich sind wir es den Steuerzahlern schuldig, alle Optionen erwogen zu haben.

Das zweite strategische Großprojekt ist die bauliche **Umsetzung unseres Werkrealschulkonzepts und der Ausbau unserer Ganztagsgrundschulen**. Zusammen mit der Schulsporthalle Zell-Weierbach und weiteren kleineren Sanierungsmaßnahmen an Schul- und Sportgebäuden, werden wir hierfür 11 Mio. EUR bzw. rund 1/3 unseres gesamten Nettoinvestitionsvolumens einsetzen.

Ich meine, auch hier haben wir keine wirkliche Wahl mehr. Wir können nicht über anderthalb Jahre in einem beispiellosen Beteiligungsprozess Konzepte für eine verbesserte Ausbildung unserer Kinder entwickeln und schließlich dies mit sehr großer Mehrheit verabschieden, ohne anschließend für die Umsetzung zu sorgen.

Wir haben in den letzten beiden Wochen für 13 Schulen der Verwaltungsgemeinschaft Offenburg insgesamt 10 Anträge bei der staatlichen Schulverwaltung abgegeben. Wenn alles umgesetzt wird, dann werden wir 5 Werkrealschulen haben, eine neue Realschule gründen und es wird in Offenburg in den Grund-, Haupt-, Real- und Werkrealschulen **insgesamt neun gebundene Ganztageschulen geben**. Das, meine Damen und Herren, ist ein Quantensprung für die Schullandschaft im Raum Offenburg. Das sollten wir jetzt nicht stoppen, weil einige Damen und Herren in Berlin die Bodenhaftung verloren haben.

Die größte, bauliche Einzelmaßnahme ist übrigens der Neubau einer Mensa an der **Konrad-Adenauer-Schule** mit der Sanierung und des Umbaus der Schulgebäude. Hierfür waren bisher 6 Mio. EUR veranschlagt. Sie haben uns den Auftrag gegeben, die Investitionskosten nochmals auf Einsparmöglichkeiten zu untersuchen. Unserem Fachbereich Hochbau ist es gemeinsam mit dem internen Bauinvestitionscontrolling und der Schulverwaltung gelungen, diesen Betrag auf 4,8 Mio. EUR zu begrenzen, bei vertretbaren Standardreduzierungen und bei Verzicht auf kleinere Einzelmaßnahmen. Das tut uns einerseits gut, andererseits hoffen wir natürlich inständig, dass all die Kürzungen in der Not auch real umgesetzt werden können.

Und wenn wir keine Fördermittel in Millionenhöhe verlieren wollen, macht es großen Sinn, die **Sanierungsprogramme Nord-**

West-Stadt und Mühlbach weiterzuführen, wenn auch langsamer als bisher geplant. In Übereinstimmung mit den Prozessverantwortlichen haben wir die Umsetzung Jahr für Jahr um rund 1/3 reduziert und damit die Projektlaufzeiten entsprechend verlängert. Hierfür sind netto rund 3 Mio. EUR vorgesehen – die Bruttoinvestition beträgt mehr als das Zweifache, nämlich knapp 7 Mio. EUR. Sie sind ein Beitrag zu den strategischen Zielen unserer Stadtentwicklung.

Wenn Sie diese drei großen Zahlen zusammenrechnen, verbleiben in vier Jahren gerade noch rund 12 Mio. EUR für weitere Maßnahmen. Davon werden alleine 3 Mio. für die **Schlussfinanzierung** bereits begonnener Projekte wie z.B. die Südunterführung am Bahnhof, den Umbau des Messeknotens und die Maßnahmen aus unserem Konjunkturpaket II benötigt – hier besteht keinerlei Entscheidungsspielraum. 5 Mio. EUR sind in **fortlaufenden Investitionsprogrammen** gebunden wie z.B. für Brückensanierungen und das Radwegeprogramm. Da geht es auch um die **Substanzerhaltung**. Der Rest verteilt sich auf eine Vielzahl von kleineren Einzelmaßnahmen.

Die tatsächlichen Spielräume im investiven Bereich sind also mehr als gering und mit jeder zusätzlichen Maßnahme würden wir die neue 15 Mio. EUR Lücke sogar noch vergrößern. Es wird im Gegenteil sogar notwendig sein, in den nächsten Wochen auch die bisher eingestellten Projekte noch einmal auf absolut zwin-

gende Notwendigkeit abzuklopfen und ggf. weitere Verschiebungen vorzuschlagen, um überhaupt zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Nur kurz will ich auf unser **Badprojekt** eingehen, ich habe bereits im Zwischenbericht dazu Einiges gesagt. Die Botschaft in der letzten Sitzung des Technischen Ausschusses war eindeutig. Bis 2013 sind keine Mittel vorgesehen und es können nach meiner Auffassung auch keine Mittel eingestellt werden. Wer dies möchte, muss benennen, wo an anderer Stelle die erforderlichen Millionen gestrichen werden sollen. Aufgabe der TBO wird es sein, die Bäder die nächsten 5 Jahre mit den üblichen Bordmitteln für unsere Bürgerinnen und Bürger gut nutzbar zu halten – das ist zu schaffen, mehr aber nicht.

IV. Schluss

Meine Damen und Herren, ich bedauere sehr, dass ich Ihnen kurz vor Weihnachten keine bessere Botschaft überbringen kann. Die finanzwirtschaftliche Lage der nächsten 4 Jahre ist extrem schwierig und sie wird uns von Berlin noch schwerer gemacht. Sicher hätten wir schon genug damit zu kämpfen, die konjunkturbedingten Finanzlöcher zu stopfen. Ein fast unmögliches Unterfangen wird dies, wenn zusätzlich noch Steuergeschenke fern jeder ökonomischen Vernunft verteilt werden, die uns – den Städten und Gemeinden in ganz Deutschland und damit auch den

Bürgerinnen und Bürgern – Milliardenbeiträge entziehen. Bitte treten Sie überall dafür ein, dass mindestens die Planung ab dem Jahr 2011 nicht Wirklichkeit wird.

Sicher ist es tröstlich, dass unsere internen Daten noch stimmen: Das ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit, deren Früchte jedoch mehr denn je gefährdet sind. Unsere vordringliche Aufgabe in den nächsten Wochen wird es nun sein, die neue Finanzierungslücke zu schließen, ohne dass wir uns zu sehr von unseren eigenen Zielen entfernen müssen.

Es gibt viel zu tun – packen wir's an!